

## Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Rolf Kutzmutz  
und der Gruppe der PDS**  
— Drucksache 13/11213 —

### Engagement der Kreditwirtschaft in den neuen Ländern

In der Antwort auf Frage 100 der Großen Anfrage der Gruppe der PDS „Zur Lage in Ostdeutschland“ (Antwort: Drucksache 13/10809) stellt die Bundesregierung fest: „Von einer restriktiven Haltung gegenüber Gründern und Unternehmen aus den alten Ländern ... kann keine Rede sein.“

Aus der Antwort der Bundesregierung entsteht der Eindruck, daß die Bundesregierung über ein anderes Land antwortet.

Hunderte von Existenzgründern kommen in Abgeordnetensprechstunden, Unternehmerverbände wenden sich an uns. Es gibt Hunderte von Petitionen; außerdem wurden uns unzählige Durchschriften von Briefen an den Bundeskanzler, den Bundesminister für Wirtschaft und Bundesminister der Finanzen zu dieser Problematik übermittelt.

1. In welchem Umfang sind der Bundesregierung Beschwerden von Gründern und Unternehmen aus den neuen Ländern über die Rolle der Kreditinstitute bekannt?

Einzelne Gründer und Unternehmer aus allen Bundesländern wenden sich fernmündlich und schriftlich an die Bundesregierung, um sich über einzelne Kreditinstitute zu beschweren. Angaben zum Umfang dieser Beschwerden von Gründern und Unternehmen aus den neuen Ländern können daraus nicht abgeleitet werden.

2. Zu welchen Ergebnissen (geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze) hat die Bankenmilliarde nach jetzigen Erkenntnissen geführt, vor dem Hintergrund, daß die Bundesregierung nunmehr im Unterschied zu vorangegangenen Antworten auf Große und Kleine Anfragen in der Antwort auf Frage 101 der Großen Anfrage der Gruppe der PDS „Zur Lage in Ostdeutschland“ (Antwort: Drucksache 13/10809) zur

Tatsache, daß innerhalb der Bankenmilliarde nur die Hälfte des Engagements erfolgreich war, realistischerweise feststellt: „Im Rahmen der sogenannten Bankenmilliarde hat sich die Kreditwirtschaft vor allem bei Unternehmen engagiert, die sonst keine Überlebenschance gehabt hätten“?

Aufgrund der Tatsache, daß sich die Kreditwirtschaft vor allem bei Unternehmen engagiert hat, die sonst keine Überlebenschance gehabt hätten, konnten in vielen Fällen Arbeitsplätze erhalten werden, die sonst verlorengegangen wären. Auf die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Gruppe der PDS „Zur Lage in Ostdeutschland“ (Drucksache 13/10809) wird verwiesen.

3. Mit welcher Begründung macht die Bundesregierung die Bankenmilliarde einerseits zum Bestandteil des Solidarpaktes vom 25. Januar 1993, der Leistungen für Bürgerinnen und Bürger gekürzt hat und stellt andererseits in der Antwort auf Frage 30 der Kleinen Anfrage der Gruppe der PDS „Halbjährliche Zwischenbilanzen der gemeinsamen Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland“ (Antwort: Drucksache 13/8283) zu dieser Bankenmilliarde fest, daß eine öffentliche Abrechnung nicht vorgesehen sei?

Die Bundesregierung sieht keinen Zusammenhang zwischen der Frage einer öffentlichen Abrechnung des Bankenengagements in den neuen Bundesländern und dem Rahmen, innerhalb dessen die Zusage der Banken gegeben wurde. Die Bundesregierung hat mehrfach zum Engagement der Kreditwirtschaft in den neuen Bundesländern Stellung genommen, so daß alle wesentlichen Daten bekannt sind.

4. Welche Schlußfolgerungen für notwendige Maßnahmen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß eine der größten deutschen Privatbanken innerhalb einer Woche Rekordgewinne verkündet und verlauten läßt: „Der kreditpolitische Rahmen für den Osten ist ausgeschöpft“ (DER SPIEGEL 7/97)?

Auch in 1997 haben die privaten Banken ihr Kreditvolumen an Unternehmen und Selbständige in den neuen Ländern gegenüber dem Vorjahr um mindestens 10 % gesteigert. Zudem übersteigen die Kredite die Einlagen von Kunden nach wie vor in erheblichem Maße. Dies zeigt, daß die zitierte Aussage durch die Praxis widerlegt wird.

5. Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf aufgrund der Tatsache, daß deutsche Banken einerseits Rekordgewinne verzeichnen und andererseits ein nachhaltiges Engagement zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit nicht zu erkennen ist?

Auch die Unternehmen der Kreditwirtschaft sind nur dann in der Lage, direkt oder indirekt Arbeitsplätze zu schaffen, wenn sie eine gute Ertragslage aufweisen. Gewinne sind deshalb im Hinblick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit positiv zu beurteilen. Gute Ergebnisse einzelner Branchen ändern jedoch nichts an der Tatsache, daß die hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik

Deutschland überwiegend strukturelle Ursachen hat und nicht durch fehlende finanzielle Mittel begründet ist.

6. Welche Schlußfolgerungen für notwendige Maßnahmen und konzeptionelle Veränderungen zieht die Bundesregierung unabhängig vom betriebswirtschaftlichen Einzelfall aus der Tatsache, daß selbst innerhalb der ihr versprochenen Bankenmilliarde die Kreditwirtschaft nicht bereit war, für einen Leipziger Baubetrieb trotz eines bestehenden Investors und angebotener Bundes-/Landesbürgschaften in Höhe von 100 Mio. DM, ihr Engagement von 3 Mio. DM zu erhöhen, um Arbeitsplätze zu sichern (vgl. Kleine Anfrage zur „Bankenmilliarde“, Drucksache 13/8146, Frage 2 d)?

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Gruppe der PDS (Drucksache 13/8266) deutlich gemacht, daß die Lage eines Unternehmens und die Chancen für seinen Fortbestand verlässlich nur von den im Unternehmen verantwortlich handelnden Personen und den wichtigsten Geschäftspartnern beurteilt werden können. Insoweit wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

---

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44  
ISSN 0722-8333